Zeitschrift: Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden für das Jahr ... = Rapport de gestion du Conseil-exécutif, de l'administration cantonale et des autorités judiciaires pendant l'année ...

Herausgeber: Staatskanzlei des Kantons Bern

Band: - (2000)

Heft: [1]: Verwaltungsbericht : Berichtsteil

Artikel: Verwaltungsbericht der Staatskanzlei

Autor: Nuspliger, Kurt / Krähenbühl, Renato / Schwob, Michel

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-418379

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

2. Verwaltungsbericht der Staatskanzlei

Staatsschreiber: Dr. Kurt Nuspliger
Vizestaatsschreiber: Renato Krähenbühl
Vizestaatsschreiber: Michel Schwob

2.1 Schwerpunkte der Tätigkeit

Die Staatskanzlei ist gleichzeitig Stabsstelle von Grossem Rat und Regierungsrat und stellt die Verbindung zwischen diesen beiden Organen sicher. In dieser Eigenschaft hat sie die fünf Sessionen des Grossen Rates und die 51 Sitzungen des Regierungsrates organisiert, wovon 12 doppelte Sitzungen (ordentliche Regierungssitzungen und Klausursitzungen).
Die neu in die Staatskanzlei integrierte Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen und europäische Integration unterstützt den Regierungsrat in der strategischen und politischen Führung der bilateralen und multilateralen Aussenbeziehungen (Kantone, Bund, grenzüberschreitende Aktivitäten und europäische Integration). Ein besonderes Schwergewicht liegt zudem in der Unterstützung der Berner Deputation in den eidgenössischen Räten.
In Bezug auf die politische Gesamtplanung hat die Staatskanzlei die Arbeiten im Zusammenhang mit der zweiten Jahresplanung im Sinne des neuen Konzepts koordiniert und an den Arbeiten im Zusammenhang mit der politischen Gesamtplanung im Rahmen des Projekts NEF 2000 teilgenommen.
Mitte Jahr konnte die Bernische Systematische Gesetzessammlung im Internet *(www.be.ch/belex)* zur Verfügung gestellt werden. Die positiven Rückmeldungen der Besucherinnen und Besucher dieser Website haben gezeigt, dass die Erwartungen erfüllt worden sind. Die Staatskanzlei ist nun bestrebt, die Daten möglichst aktuell zu halten. So konnten am 8. Dezember 2000 bereits die Erlasse mit Inkraftsetzung per 1. Dezember 2000 publiziert werden.
Mit Beschluss vom 22. Februar 2000 bestimmte der Regierungsrat das Bernische Historische Museum zum Zentrum der geplanten Feierlichkeiten zum 650. Jahrestag des Eintritts Berns in die Eidgenossenschaft im Jahr 2003. Das Staatsarchiv erhielt gleichzeitig den Auftrag, die Arbeiten zu koordinieren und selber aktiv an einer Sonderausstellung zum Thema «Bern und die Eidgenossenschaft» teilzunehmen. Die im Hinblick auf eine historische Festschrift («Das mutige Bern» – Bern im 13./14. Jahrhundert) entstandene Zusammenarbeit zwischen dem Staatsarchiv, dem Historischen Museum, der Universität und anderen Kulturinstituten in Bern erwies sich als äusserst fruchtbar und festigte die Position des Archivs im Wissenschaftsbereich.
Die in der Mitte der 1980er-Jahre geschaffenen erweiterten Magazinkapazitäten des Staatsarchivs neigen sich wieder dem Ende zu. Wie im damaligen Baukonzept vorgesehen, soll in den kommenden Jahren der bestehende Archivraum durch den Einbau neuer Rollgestellanlagen verdichtet und das bisher im Rohbau belassene unterste Geschoss der Kulturgüter-Schutzanlage für eine zukünftige Nutzung bereitgestellt werden. Gemeinsam mit dem Hochbauamt konnte im Berichtsjahr ein detailliertes Ausbaukonzept erarbeitet werden, das die baulichen Massnahmen bis ins Jahr 2020 enthält und dessen erste Phase im Jahr 2001 realisiert werden kann.
Der Stellenwert der Kommunikation von Behörden und Kantonsverwaltung ist im Berichtsjahr erneut gestiegen. Im Rahmen der 1999 eingeleiteten Neukonzeption der Kommunikation der Regierungspolitik hat das Amt für Information einen ersten Ausbauschritt gemacht. Die erhöhten Ressourcen ermöglichten qualitative Verbesserungen der Dienstleistungen insbesondere in den Bereichen Kommunikationsberatung, Medienarbeit, interne Kommunikation und Internet. Die Evaluation der ersten Umsetzungsetappe ist für 2001 vorgesehen.
Unter dem Titel «Wir sind auf dem Weg…» feierte die Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern am 1. September 2000 im Theater Altes Schlachthaus ihr zehnjähriges Bestehen. Regierungspräsidentin Dora Andres überbrachte die Grüsse des Regierungsrates; sie betonte, dass die Fachstelle heute gut in die Verwaltung integriert und ihre Meinung gefragt sei.
Die Fachstelle hat im Rahmen des Berner Interventionsprojekts gegen häusliche Gewalt zusammen mit der vom Regierungsrat eingesetzten Projektorganisation erste Umsetzungsmassnahmen an die Hand genommen (z. B. Erarbeitung einer Checkliste für die Polizei für Erstinterventionen, Abklärung von Datenschutzfragen, Informationsveranstaltungen in den Gemeinden, Organisation einer Weiterbildung für Justizbehörden).

2.2 Berichte der Ämter

2.2.1 Amt für Zentrale Dienste (AZD)

2.2.1.1 *Fachstelle Administrativer Support*

Die neu geschaffene Fachstelle Administrativer Support ist die Schnittstelle für die Umsetzung von administrativen Abläufen und die Datenbewirtschaftung. Der in diesem Bereich angestellte Mitarbeiter unterstützt den Amtsvorsteher und die Fachdienste des Amtes für Zentrale Dienste. Zudem werden dort die Sekretariatsarbeiten für die Präsidentenkonferenz und das Büro des Grossen Rates zusammengefasst. Zusätzlich kann mit dieser Neuorganisation die Stellvertretung in der Stelle «Wahlen und Abstimmungen» besser geregelt werden.

2.2.1.2 *Publikumsdienste*

Mit dem Jahreswechsel zum 1. Januar 2000 wurden die Dienststellen Kanzlei und Drucksachenverkauf zur neuen Abteilung Publikumsdienst zusammengeführt. Das Ziel, den Öffentlichkeitskontakt noch zu verbessern, wurde erreicht. Der Zusammenschluss bewirkte auch eine höhere Flexibilität im personellen Bereich. Die Leitung des Teams wurde im Mai neu besetzt, weil die bisherige Stelleninhaberin Mutter geworden ist und den Beschäftigungsgrad stark reduziert hat.
Das letzte Quartal stand ganz im Zeichen der Vorbereitungen zur Ablösung der Pauschalfrankatur. Für die Staatskanzlei konnte eine neue einheitliche Lösung gefunden werden.

2.2.1.3 *Kantonale Drucksachen- und Büromaterialzentrale (KDBZ)*

Im Hinblick auf die Februar-Session wurde die Darstellung der Gesetze und Dekrete geändert. In einer einzigen Vorlage können nun die verschiedenen Stufen der Gesetzesarbeit verfolgt werden. Damit steht dem Regierungsrat und dem Parlament ein verbessertes Arbeitsinstrument zur Verfügung.

2.2.1.4 *Finanzen und Informatik*

Die intensiven Vorbereitungsarbeiten im Bereich der Informatik im Zusammenhang mit dem Millenniumswechsel haben sich gelohnt.

Der aufgebaute Pikettdienst für den Jahreswechsel musste nicht beansprucht werden.
Anfang November wurde im Rahmen eines kantonalen Informatikprojekts die Staatskanzlei von BEMAIL I auf BEMAIL II umgestellt. Ziel dieses kantonalen «Mail-Projekts» ist die Vereinheitlichung der Mail-Umgebung (MS Exchange mit Outlook) in den Direktionen und der Staatskanzlei.

2.2.1.5 *Wahlen und Abstimmungen*

Im Berichtsjahr fanden in den Amtsbezirken Bern und Saanen Regierungsstatthalterwahlen statt.
Im Rahmen der Abstimmung zum Steuergesetz wurde am 21. Mai 2000 erstmals gleichzeitig über die Hauptvorlage und über einen Eventualantrag abgestimmt.
Alle Abstimmungen und Wahlen konnten ohne Probleme durchgeführt werden. Eine gegen die kantonale Volksabstimmung vom 24. September 2000 über die Verfassungsinitiative zur Stilllegung des AKW Mühleberg eingereichte Abstimmungsbeschwerde wurde wieder zurückgezogen und konnte als erledigt vom Geschäftsverzeichnis abgeschrieben werden. Eine Wahlbeschwerde gegen die Wahl des Regierungsstatthalters des Amtsbezirks Saanen vom 26. November 2000 war am Ende des Berichtsjahres noch hängig.

2.2.1.6 *Personaldienst*

Mit der Verschiebung der Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen und europäische Integration von der Volkswirtschaftsdirektion zur Staatskanzlei, der Umsetzung des Projekts «Kompetenzzentrum Information und Kommunikation» im Amt für Information und den Nachfolgeplanungen auf Grund von Pensionierungen und Kündigungen innerhalb der gesamten Staatskanzlei war der Personaldienst in Zusammenarbeit mit der Linie mit zahlreichen und umfassenden Selektionsverfahren beschäftigt. Für neu eintretende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und interessierte Mitarbeitende wurde ein Konzept «Ausbildungszyklus Staatskanzlei» erstellt. In verschiedenen Modulen informierten interne Referentinnen und Referenten über Aufgaben, Projekte und Abläufe innerhalb der einzelnen Ämter. In einer erweiterten Amtsvorsteherkonferenz wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über Entwicklungsaspekte im Bereich der Informationstechnologie informiert und diskutierten die Grundlagen für die Erstellung eines Leitbilds der Staatskanzlei.

2.2.1.7 *Rathausverwaltung*

Im Berichtsjahr wurde das Schreibzimmer renoviert, und für die November-Session wurde die «Cafeteria» in der Eingangshalle umgestaltet.
Anfang November hat die neue Rathausverwalterin, Frau Christina Dübi, ihre Arbeit aufgenommen. Zum gleichen Zeitpunkt hat sich die Staatskanzlei vom früheren Standesweibel, Herrn Theodor Wiedmer, verabschiedet und ihm für seine Dienste gedankt.

2.2.2 Amt für Sprachen- und Rechtsdienste (ASR)

2.2.2.1 *Vertretung beider Landessprachen in der Kantonsverwaltung*

Der SOS-F-Dienst (Rekrutierung von frankofonem Personal) beschränkt seine Tätigkeiten darauf, in periodischen Abständen zu kontrollieren, dass die Stellenausschreibungen der Zentralverwaltung jeweils in den beiden Amtssprachen erfolgen. In den meisten Fällen werden die Bestimmungen in Bezug auf die Veröffentlichungen in beiden Sprachen eingehalten. Bei Missachtungen hat der SOS-F-Dienst die betreffenden Verwaltungsstellen an ihre diesbezüglichen Pflichten erinnert.

2.2.2.2 *Übersetzung*

Der Zentrale Übersetzungsdienst war trotz längerer und komplexerer Mandate stets in der Lage, die Arbeitslast fristgerecht zu bewältigen.

2.2.2.3 *Terminologie*

Der Datenbestand von LINGUA-PC wurde laufend erweitert und aktualisiert. Die Intranet-Version der Terminologiedatenbank läuft seit einem Jahr und wird innerhalb der Kantonsverwaltung regelmässig genutzt. Kleinere Korrekturen sollen noch im ersten Halbjahr 2001 vorgenommen werden.
Der Terminologiedienst ist vermehrt in Mitberichts- und Vernehmlassungsverfahren eingebunden und hat im Rahmen von «SOS Terminologie» immer mehr punktuelle Anfragen zu beantworten.
Die Leiterin des ZTD nahm an der Tagung «Recht und Terminologie» des *Deutschen Terminologietags* (April), an den Sitzungen des Rats *für deutschsprachige Terminologie* (April, November) und am jährlichen Treffen der CompuTerm-Gruppe (Oktober) teil.
Die Arbeitsgruppe «Terminologie des New Public Managements» hat ihr Werk «New Public Management: Terminologie – terminologie – terminologia» veröffentlicht.
Im April und Oktober trafen sich die Leiterin des ZTD sowie der Vorsteher des ASR mit ihren Amtskollegen der Kantone Freiburg, Graubünden, Wallis und des Bundes.

2.2.2.4 *Rechtsdienst*

Der Rechtsdienst befasste sich in der Hauptsache mit der Behandlung mehrerer Beschwerden im Zusammenhang mit den politischen Rechten und dem Personalrecht. Die intensiven Arbeiten während des ersten Halbjahres, um die Bernische Systematische Gesetzessammlung (BSG) auf den neusten Stand zu bringen, konnten Anfang Juli mit deren Publikation auf Internet abgeschlossen werden. Das Projekt BELEX ist somit realisiert. Parallel dazu konnte garantiert werden, dass die BSG-Nachträge weiterhin zweimal pro Jahr erscheinen.

2.2.2.5 *Politische Mitwirkung*

Im Rahmen seiner Tätigkeiten im Dienste der regierungsrätlichen Juradelegation hat das ASR die Arbeiten im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf und dem Vortrag zum künftigen Autonomiestatut des Berner Juras aufgenommen und allen Direktionen sowie der Staatskanzlei die Lage der Situation in diesem Bereich vorgestellt. Die Arbeiten rund um die vermögensrechtliche Auseinandersetzung im Zusammenhang mit dem Kantonswechsel der Gemeinde Vellerat wurden fortgesetzt (Koredaktion der Schiedsgerichtsvereinbarung; Vorbereitung eines Papiers für den Schiedsrichter).
Der Regionalrat hat den Vollzug des Regierungsauftrags im Zusammenhang mit der fortschreitenden Autonomisierung abgeschlossen und seinen entsprechenden Bericht am 27. September einstimmig genehmigt. Er hat im Laufe des Berichtsjahres seine ordentlichen Geschäfte weiter ausgebaut, zu zahlreichen Dossiers Stellung bezogen und zahlreiche Sitzungen abgehalten (16 Plenarsitzungen, 11 Sitzungen des Büros, 10 Sitzungen des Steuerungsausschusses, 7 Medienkonferenzen, 43 Sitzungen von Kommissionen und Delegationen).

2.2.2.6 *Aussenbeziehungen*

Die Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen und europäische Integration, hervorgegangen aus der Koordinationsstelle für Fragen der europäischen Integration der Volkswirtschaftsdirektion, ist seit Anfang 2000 in der Staatskanzlei integriert, wobei ihr Tätigkeitsfeld in der interkantonalen Zusammenarbeit und der europäischen Integration erweitert wurde.
Die Koordinationsstelle ist geschäftsführendes Sekretariat des Regierungsrates und seiner Delegierten der Konferenz der Kantonsregierungen, der Arbeitsgemeinschaft Jura (Communauté de travail du Jura, CTJ), der Programme der Europäischen Union (z. B. INTERREG) und der Versammlung der Regionen Europas (VRE). Neu ist zudem die Information und Unterstützung der Berner Deputation in den eidgenössischen Räten zu Geschäften von kantonalem Interesse.
Zusammen mit den betroffenen Verwaltungsstellen erarbeitete die Koordinationsstelle im Frühjahr 2000 den Bericht über den Handlungsbedarf im Rahmen der Umsetzung der bilateralen sektoriellen Abkommen und der flankierenden Massnahmen der Schweiz mit der EU. Der Bericht hat aufgezeigt, dass die Umsetzung der Abkommen nur zu geringfügigen Anpassungen auf Gesetzesebene führt. Hingegen ergeben sich in verschiedenen Verwaltungszweigen doch erhebliche Vollzugsarbeiten.
Im Rahmen der Aktivitäten der CTJ fanden Informationsanlässe für den Grossen Rat über die Tätigkeit der CTJ, zum Agritourismus und Interreg III in Bern und in Morteau (Frankreich) statt. Ein wichtiges Projekt, die Durchführung der 2. Internationalen Föderalismuskonferenz, war trotz der hervorragenden Qualität der Bewerbung des Kantons und der Unterstützung des Regierungsrates nicht von Erfolg gekrönt. Die Durchführung der Konferenz wurde anderweitig vergeben.
Während zweier Wochen absolvierten zwei Stagiaires aus Ungarn und Kroatien im Rahmen eines Austauschprogramms der Versammlung der Regionen Europas ein Praktikum bei der Koordinationsstelle. In kleinerem Mass wurden auch Folgeprojekte aus der Zusammenarbeit mit Tschechien durchgeführt.

2.2.2.7 *Zentralbibliothek*

Technische Probleme haben bei der Katalogisierung der Werke aus der Dokumentationsstelle der Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern zu grösseren Verzögerungen geführt. Die Arbeiten sollten Anfang des nächsten Berichtsjahres abgeschlossen werden können.

2.2.3 **Staatsarchiv (StAB)**

2.2.3.1 *Öffentlichkeitsarbeit*

Im Sinne einer Öffnung nach aussen führte das Staatsarchiv im April erstmals eine Ausstellung in einer ländlichen Region des Kantons durch. In Sumiswald wurde unter den Titel «Sumiswald – unsere Gemeinde vor 40 Jahren» eine Fotodokumentation der beiden Berner Fotografen Walter Studer und Fredo Meyer-Henn gezeigt. An zehn Tagen besuchten mehr als 2000 Personen die Ausstellung, die auch in der lokalen Presse grosse Beachtung fand. Der Erfolg der Veranstaltung ermutigt das Staatsarchiv, in Zukunft weitere Ausstellungen ausserhalb der Stadt Bern zu planen.
Die Leseraktion einer grossen Berner Zeitung ermöglichte es dem Staatsarchiv im August, seine Bestände einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen. Die im Anschluss an die Reportage angebotenen öffentlichen Archivführungen fanden beim Publikum regen Zuspruch. Wie gewohnt wurden im Staatsarchiv zahlreiche Spezialführungen durchgeführt. Bei 41 (Vorjahr 37) zum Teil doppelt und dreifach geführten Anlässen wurden rund 725 Personen durch das StAB begleitet. Dazu kamen verschiedene Einsätze bei Führungen von Gruppen im Rathaus.
Seit Juli 2000 ist das Staatsarchiv mit eigener Adresse über Internet erreichbar. Die angebotenen Dienstleistungen im Bereich der Familienforschung werden insbesondere durch Forscherinnen und Forscher aus den USA und aus Frankreich rege benützt.

2.2.3.2 *Erschliessung und Benützung*

Der Gesamtzuwachs an Archivalien war im Berichtsjahr überdurchschnittlich gross und betrug 440 Laufmeter (Vorjahr 259); davon stammten 390 Laufmeter (Vorjahr 239) von kantonalen Dienststellen. Unter den Neuzugängen ist der wertvolle historische Planbestand des Oberingenieurkreises Oberland (ca. 1200 Karten und Pläne aus dem 18. bis 20. Jahrhundert) speziell zu erwähnen.
Erfreuliches gilt es von der «Front» der Kirchenbücher zu vermelden: Im Laufe des Jahres lieferten die Gemeinden La Ferrière, Langenthal, Thunstetten und Wynau ihre Tauf-, Ehe- und Totenregister ab.
Die Frequenzen im Lesesaal stiegen erneut leicht an; 5631 (Vorjahr 5511) Besucherinnen und Besucher nahmen die Dienste des Staatsarchivs in Anspruch. Als besonders erfreulich darf der Anstieg der Benützerzahlen aus dem universitären Bereich erwähnt werden: Die Bestände des Staatsarchivs wurden im Zusammenhang mit 32 Dissertationen, 25 Lizenziatsarbeiten und 22 Seminararbeiten konsultiert. Erneut sehr gross war das Interesse der Familienforscherinnen und Familienforscher: Im Lesesaal wurden 16879 Kirchenbuch-Einheiten (in der Regel auf Mikrofilm) ausgewertet.
Nach der Umsetzung des Projekts GISTA-2000 im vergangenen Jahr lag das Schwergewicht im EDV-Bereich bei der Neuorientierung der Bibliothek. Mit dem Anschluss an das Katalogisierungssystem Aleph der Stadt- und Universitätsbibliothek konnte eine direkte Verbindung zu dieser Institution sowie zu den anderen Hochschulbibliotheken des Informationsverbundes der Deutschen Schweiz hergestellt werden.

2.2.3.3 *Bewahrung von Kulturgütern*

Erneut wurden im Staatsarchiv mehrere kantonale und nationale Kulturgüterschutz-Kurse durchgeführt, wobei neben den Kulturgüter-Schutzeinrichtungen jeweils die Arbeiten des Restaurierungsateliers im Zentrum des Interesses standen.
Durch die Zusammenarbeit mit der Berner Fachhochschule HGKK erweiterte das Staatsarchiv seine Kompetenzen im Bereich der Archivierung neuer Medien, insbesondere der Film- und Fotokonservierung. Die Überführung des Archivs der Zbinden Film AG sowie der Archive der Fotografen Carl Jost (Bern) und Hans Schlegel (Bern) unterstreicht die Bemühungen des Staatsarchivs in diesem Bereich.
Bei den seit 1985 archivierten Tondokumenten mit ausgewählten Ausschnitten aus Debatten des Grossen Rates traten unerwartete Schwierigkeiten auf. Die vom Zerfall bedrohten Magnetbänder müssen durch CD-Aufnahmen ersetzt werden. Nach eingehenden Abklärungen konnte im Laufe des Jahres mit dieser Arbeit begonnen werden.
Die beiden langfristig angelegten Konservierungsprojekte (Karten und Pläne, Archiv des Ansichtskarten-Verlags Deyhle) konnten planmässig weitergeführt werden, wobei das zweite Projekt erneut durch einen finanziellen Beitrag von dritter Seite unterstützt wurde.

2.2.4 Amt für Information (AI)

2.2.4.1 *Allgemeines*

Die Umsetzung des ersten Ausbauschritts im Projekt «Neukonzeption der Kommunikation der Regierungspolitik» war der klare strategische Schwerpunkt. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des AI war sie mit einer Organisationsüberprüfung, einer Neuorganisation des Amtes und mit Aufgabenverschiebungen verbunden. Zudem galt es, neue Mitarbeitende ins bestehende Team zu integrieren. Die Weiterführung des Pilotprojekts NEF-AI (drittes Versuchsjahr), die überdurchschnittlich gewachsene Medienarbeit, die Intensivierung der inhaltlichen und gestalterischen Arbeiten im Bereich Internet und die Neukonzeption im Bereich der internen Kommunikation bildeten die weiteren Schwerpunkte der Tätigkeit.

2.2.4.2 *Externe Kommunikation*

Die Umsetzung der «Neukonzeption der Kommunikation der Regierungspolitik» brachte für das AI eine Verstärkung in den Bereichen Redaktion und Internet. Damit ist das Amt den neuen Herausforderungen des Kommunikationszeitalters in den Bereichen Information und Öffentlichkeitsarbeit besser gewachsen.

2.2.4.2.1 Medien

Die Beratung der Behörden und der Kantonsverwaltung bei der Medienarbeit konnte dank verbesserter Kapazitäten in diesem Bereich intensiviert werden. Die ordentliche Medienarbeit verlangte von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des AI erneut hohe Flexibilität und Verfügbarkeit. Das AI hat seine Ressourcen mit einem klaren Schwergewicht in diesem zentralen Bereich der Kommunikation für die Planung, Vorbereitung und Realisierung der 92 Medienkonferenzen sowie für die Redaktion und Übersetzung der Rekordzahl von 639 Medienmitteilungen (mit total 854 Textseiten) eingesetzt. Ein grosser Teil dieser Communiqués wurden wie bisher per Post an die Abonnenten (257 deutscher, 75 französischer Sprache) versandt. Daneben hat der Versand der Medienmitteilungen per Fax – aus Termin- oder Kostengründen – deutlich zugenommen und hat in der Zwischenzeit die 50-Prozent-Grenze überschritten. Ab dem 1. Januar 2001 werden der Faxversand und die elektronische Übermittlung (E-Mail) den Postversand praktisch ganz ablösen, nicht zuletzt aus Kostengründen im Zusammenhang mit der Abschaffung der Pauschalfrankatur durch die Post.

2.2.4.2.2 Öffentlichkeitsarbeit

Das Internet hat im Zeitalter des E-Government als Informationsquelle an Bedeutung nochmals gewonnen. Das Informationsangebot unter der Adresse *www.be.ch* ist laufend erweitert und aktualisiert worden. Das AI war dank den zwei neuen Teilzeit-Webpublishern in der Lage, die Verwaltungseinheiten und den Grossen Rat in konzeptionellen, inhaltlichen und gestalterischen Fragen des Internet zu beraten. Erstmals konnten bei eidgenössischen und kantonalen Volksabstimmungen neben den Gesamtergebnissen des Kantons und den Resultaten der Amtsbezirke auch noch die Abstimmungsergebnisse aus den Gemeinden im Internet publiziert werden. Das Internet hat im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit einen hohen Stellenwert.
Die Reihe der schriftlichen Publikationen, die mit der Herausgabe des neuen Informationsprospekts «Der Kanton Bern auf einen Blick» und der neuen Broschüre «Der Kanton Bern in Zahlen» aktualisiert werden konnte, und die Beratungstätigkeit in Kommunikationsfragen ergänzen die Dienstleistungen in diesem Bereich. Schliesslich suchte eine Arbeitsgruppe der Staatskanzlei unter Federführung des AI nach neuen Möglichkeiten, das Rathaus für das Publikum zu öffnen und bereitete zudem auch neue schriftliche Publikationen vor.

2.2.4.3 *Interne Kommunikation*

Eine immer komplexer werdende Arbeitswelt sowie die laufenden Reform- und Restrukturierungsvorhaben stellen immer höhere Ansprüche an die interne Information. Der Regierungsrat hat deshalb im Sommer 2000 eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe eingesetzt, die ein Konzept für eine Neuausrichtung der internen Kommunikation in der Kantonsverwaltung erarbeitet hat. Die vorgeschlagenen Massnahmen sollen ab Anfang 2001 etappenweise umgesetzt werden.
Die Personalinformation konzentrierte sich im Berichtsjahr auf die Personalzeitschrift BE-info (vier Ausgaben) und das aktuelle Informationsinstrument BE-info-Flash (zwei Ausgaben). Die Vorbereitungsarbeiten für den Aufbau eines verwaltungsübergreifenden Intranets werden im Rahmen der Umsetzung des Konzepts «Neuausrichtung der internen Kommunikation in der Kantonsverwaltung» weitergeführt.
Die 47 Ausgaben der wöchentlichen Presseschau gingen an 382 Abonnentinnen und Abonnenten. Im Nachgang zu den Medienkonferenzen des Kantons wurden 92 Spezial-Presseschauen hergestellt. Mit Blick auf den technologischen Wandel prüft das Amt für Information die Möglichkeiten einer elektronischen Medienauswertung.

2.2.5 Ratssekretariat (RS)

Der Tätigkeitsbericht des Ratssekretariats und des Grossratsrevisorats befindet sich im Teil C, Besondere Berichte.

2.2.6 Kantonale Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern (FGS)

2.2.6.1 *Allgemeines*

Die Alltagsarbeit der Fachstelle setzt sich aus vielfältigen Aufgaben zusammen, so z. B. aus der Beantwortung von schriftlichen und mündlichen Anfragen, Vernehmlassungen (z. B. Ausländergesetz, Reform der Ehe- und Familienbesteuerung), Stellungnahmen zu politischen Vorstössen oder verwaltungsinternen Projekten (z. B. mehr Rechte für unverheiratete Personen, Erweiterung des Haftgrundes der Wiederholungsgefahr bei Gefährdung der Sicherheit anderer, Handbuch zum Thema Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz) und der Mitarbeit in direktionsübergreifenden (z. B. ARFLEX, IÜF2, Führungsausbildung, Kadernachwuchsförderung, Runder Tisch BIP) und verwaltungsexternen Arbeitsgruppen (z. B. Gender Check-up Berner Gesundheit, Netzwerk Frauenzentrale).
Neu ist die Fachstelle im Rahmen des Auftritts der Staatskanzlei im Internet zu finden *(www.sta.be.ch/gleichstellung)*.
Publikationen: Transparenz Nr. 4 und 5 – Daten zur Gleichstellung in der Kantonalen Verwaltung. Am Anfang die Anfrage: Karriereverläufe und Aufstiegsmuster von Berner Grossrätinnen und Grossräten (Gesamtbericht und Kurzfassung). Informationsmappe Stichworte zur Gleichstellung.
Da die Leiterin der Fachstelle Anfang 2001 altershalber zurücktritt und sowohl die Juristin wie auch die Fachbeamtin auf Ende Jahr gekündigt haben, wird im kommenden Jahr ein neues Team die Arbeit weiterführen.

2.2.6.2 *Besondere Tätigkeiten*

Am 2. Februar lud die Fachstelle die Grossrätinnen und Grossräte zu einer Präsentation der politischen Studie *Am Anfang die Anfrage* ein. Der Synthesebericht mit dem gleichen Titel erschien, zusammen mit den Empfehlungen der Fachkommission, im Juni.
Das *Projekt Arbeit (ver)teilen und gewinnen – PARTE* hat, basierend auf der Analyse von Kaderstellen, eine Arbeitsmappe mit dem Titel *Tool-Box Teilzeit* herausgegeben. Sie enthält Materialien für die Förderung von Jobsharing und Teilzeit im Kader. Inzwischen sind alle Teilprojekte weitgehend abgeschlossen, der Bericht der externen Evaluation sowie der Abschlussbericht des Projekts sind in Arbeit.
Abgeschlossen werden konnte auch die Umsetzung des Prüfungsauftrags zum Postulat *«Migrantinnen im Kanton Bern»* (M056/96). Der Schlussbericht wurde mit den betroffenen Direktionen diskutiert, bevor er ins Mitberichtsverfahren ging. Das Geschäft soll im Januar 2001 im Regierungsrat behandelt werden.
Erste Umsetzungsmassnahmen im Rahmen des Berner Interventionsprojekts gegen häusliche Gewalt hat die Fachstelle zusammen mit der vom Regierungsrat eingesetzten Projektorganisation an die Hand genommen. U. a. wurden eine Checkliste der Polizei für Erstinterventionen erarbeitet sowie eine Weiterbildung für Justizbehörden konzipiert, und in den Gemeinden fanden Informationsveranstaltungen statt. Zusammen mit der Stadt Bern wurde ein Flyer, der sehr breit gestreut wurde, erarbeitet. Zudem trafen sich verschiedene Vertreterinnen und Vertreter der Polizei, der Justiz, der Frauenhäuser und Beratungsstellen am Runden Tisch, um gemeinsame Vorgehensschritte bei häuslicher Gewalt zu erarbeiten.
Auch im vergangenen Jahr hat sich die Fachstelle für eine gleichstellungsfreundliche Umsetzung des *Lehrstellenbeschlusses 2* auf kantonaler (Tripartite Arbeitsgruppe des Kantonalen Amtes für Berufsbildung) und schweizerischer Ebene (Leitungsgruppe Lehrstellenprojekt 16+) engagiert. In Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Berufsbildung und Technologie entstand z. B. der Leitfaden zur Umsetzung der Chancengleichheit im LSB2.
Am 1. September konnte die Fachstelle für Gleichstellung ihr *10-Jahr-Jubiläum* feiern. Sie lud Vertreterinnen und Vertreter von Behörden und Organisationen sowie Mitarbeitende im weitesten Sinn zu einer Veranstaltung ins Theater Altes Schlachthaus ein. Regierungspräsidentin Dora Andres überbrachte die Grussbotschaft des Regierungsrates. Verschiedene Referentinnen und Referenten würdigten das breite Tätigkeitsfeld der Fachstelle, die zu diesem Anlass die Informationsmappe *Stichworte zur Gleichstellung* herausgegeben hat. Für die Zukunftsdimension der Gleichstellungsarbeit standen die Darbietungen zweier Klassen von zehnjährigen Schülerinnen und Schülern aus der Stadt und der Region; sie hatten ihre Vorstellungen über Geschlechterrollen, Berufe und Lebensweisen in kurze Theaterszenen umgesetzt.

2.2.6.3 *Kantonale Fachkommission für Gleichstellungsfragen*

Die Fachkommission hat sich in ihrer neuen Zusammensetzung und unter der Leitung ihrer neuen Präsidentin Marianne Ryter Sauvant zu drei halb- und einer ganztägigen Sitzung getroffen. Wie die Fachstelle konnte auch die Fachkommission im Berichtsjahr auf eine zehnjährige Tätigkeit zurückblicken. Sie feierte diesen Anlass mit der Herausgabe eines zweisprachigen Prospekts, der Broschüre *Das Ziel ist halbe-halbe* und einer Veranstaltung unter demselben Titel. Die Broschüre enthält Empfehlungen zur Hebung des Frauenanteils in der Politik und richtet sich primär an die Parteien als wichtigste Aktivierungs- und Förderinstanzen. An der Veranstaltung unter Beisein der Regierungspräsidentin Dora Andres konnten die Teilnehmenden sich im Rahmen eines Forumtheaters spielerisch an der Umsetzung der Empfehlungen beteiligen.
In Arbeitsgruppen arbeitete die Kommission an den Schwerpunkten «Gewalt an Frauen» (Vorbereitung einer abschliessenden Evaluation des Gewaltberichts aus dem Jahre 1992), «Arbeit und Wirtschaft» (Prüfung Transfer Tool-Box Teilzeit aus dem Projekt PARTE), «Öffentlichkeitsarbeit» (Vorbereitung Jubiläumsveranstaltung) und «Politik» (Transfer/Verbreitung der Empfehlungen mit Blick auf die nächsten Grossratswahlen). Eine Arbeitsgruppe «Bildung» ist in Vorbereitung.
Die Fachkommission hat sich im Rahmen von Vernehmlassungsverfahren zu den Geschäften Projekt Grosser Rat mit 160 Mitgliedern und Wahlreform, Sozialhilfegesetz, Neue Personal- und Lehreranstellungsgesetzgebung und, auf Bundesebene, zum neuen Ausländergesetz geäussert.

2.3 **Personal**

2.3.1 **Übersicht**

Tabelle 1: Stellenstatistik per 31. Dezember 2000

Besetzung bewirtschaftbarer Stellen

Verwaltungseinheit	Anzahl Männer	Frauen	in 100%-Stellen Männer	Frauen	Total
Amt für Zentrale Dienste[1]	23	15	22,50	10,70	33,20
Amt für Sprachen- und Rechtsdienste[2]	8	11	7,20	7,30	14,50
Staatsarchiv	11	5	10,50	3,00	13,50
Ratssekretariat	4	3	2,60	2,40	5,00
Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern	0	2	0,00	1,50	1,50
Zwischentotal I	46	36	42,80	24,90	67,70

Besetzung nicht bewirtschaftbarer Stellen

Verwaltungseinheit	Anzahl Männer	Frauen	in 100%-Stellen Männer	Frauen	Total
Regierungsrat	4	3	4,00	3,00	7,00
Amt für Information (NEF)	6	3	5,30	2,10	7,40
Zwischentotal II	10	6	9,30	5,10	14,40
Zwischentotal I	46	36	42,80	24,90	67,70
Total per 31. 12. 2000 (mit Regierungsrat)	56	42	52,10	30,00	82,10
Total per 31. 12. 2000 (ohne Regierungsrat)	52	39	48,10	27,00	75,10
Vergleich zum Vorjahr	49	40	44,31	27,90	72,21

[1] Einschliesslich Redaktorin des Tagblatts des Grossen Rates und Sekretariat Staatsschreiber
[2] Einschliesslich Sekretariat des Regionalrates

Tabelle 2: Stellenbewirtschaftung 2000

Verwaltungseinheit	Punkteetat	verbrauchte Punkte	Reservepool[1]
Amt für Zentrale Dienste[2]	2973,91	2955,63	18,28
Amt für Sprachen- und Rechtsdienste[3]	1674,84	1640,80	34,04
Staatsarchiv	1236,00	1224,00	12,00
Ratssekretariat	633,16[4]	548,66	84,50
Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern	184,80[4]	252,00	– 67,20
Zwischentotal	6702,71	6621,09	81,62
Amt für Information (NEF)	873,07	790,40	82,67
STA RR RP Transit			97,20
Total Staatskanzlei per 31. 12. 2000	7575,78	7411,49	261,49

[1] Abgabe an Regierungsrat-Reservepool und Neuverteilung der Punkte bewirken, dass der Reservepool nicht dem Ergebnis aus dem Punkteetat abzüglich der verbrauchten Punkte entspricht.
[2] Einschliesslich Redaktorin des Tagblatts des Grossen Rates und Sekretariat Staatsschreiber
[3] Einschliesslich Sekretariat des Regionalrates
[4] Ohne Punkte aus dem Regierungsrat-Reservepool

2.3.2 Personelle Änderungen auf Führungsebene

Die im September 1999 von der Volkswirtschaftsdirektion in die Staatskanzlei umgesiedelte Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen und europäische Integration wird seit dem 1. Februar von Patrick Trees geleitet.

2.3.3 Aus- und Weiterbildung

Die Übersetzerinnen, die Terminologinnen und der Übersetzer-Terminologe des ASR haben im Februar an der Universität Genf am Kolloquium «La traduction juridique» teilgenommen.
Gemeinsam mit dem Personalamt hat das Amt für Information im Medienbereich drei Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen organisiert: ein Fernsehtraining, einen Medienkurs für den Umgang mit recherchierenden Medienschaffenden sowie den Pilotkurs «Medienarbeit in der Praxis». Gemeinsam mit dem Informatikdienst der Staatskanzlei hat das Amt für Information erstmals einen Weiterbildungskurs für die effizientere Nutzung des Internets durchgeführt, an dem insgesamt rund 60 Mitarbeitende der Staatskanzlei teilgenommen haben. Schliesslich hat das AI bei der Medienausbildung der Gemeindeschreiberinnen und Gemeindeschreiber im Berner Jura einen entscheidenden Beitrag geleistet.

2.3.4 Verbesserung der Vertretung und der beruflichen Stellung der Frauen

Die Arbeitsgruppe Chancengleichheit hat den Massnahmenkatalog dahingehend überarbeitet, dass die einzelnen Massnahmen nun möglichst konkret, praktikabel und überprüfbar sind. Diese Massnahmen wurden mit konkreten Aufträgen versehen, die innert einer bestimmten Frist umgesetzt werden sollen. Zudem wurden pro Massnahme die Umsetzungsverantwortlichen explizit genannt.

2.4 Vollzug der Richtlinien der Regierungspolitik

Ziele/Massnahmen		Priorität	Frist	Stand/Vollzug
801.1	Dem Berner Jura schrittweise mehr Autonomie gewähren.			
801.1.1	Weiterführung der Gedankenarbeit im Auftrag des Regionalrats.	1	27.09. 2000	Die Arbeiten wurden mit der Publikation eines Berichts abgeschlossen.
801.1.2	Änderung des Gesetzes über die politische Mitwirkung.	1	2001	Ausarbeitung eines neuen Gesetzes mit entsprechdem Vortrag; Vernehmlassungsverfahren Ende 2001.

2.5 Gesetzgebungsprogramm (Übersicht)

Stand per 31. 12. 2000

Titel des Erlasses	Bearbeitungsstand	Voraussichtliche Beratung
2.5.1 Aufträge gemäss Gesetzgebungsprogramm der Richtlinien		
– Gesetz über die politische Mitwirkung (Änderung)	0	
2.5.2 Aufträge aus überwiesenen Motionen und Postulaten		
– Projekt «Grosser Rat 160»	3	2001
2.5.3 Folgegesetzgebung zum Bundesrecht		
–		
2.5.4 Andere Gründe		
–		

0 = Arbeiten noch nicht aufgenommen
1 = in Ausarbeitung
2 = in Vernehmlassung
3 = vom Regierungsrat verabschiedet
4 = von der Kommission behandelt
5 = vom Grossen Rat verabschiedet
6 = Referendumsfrist läuft
7 = vor der Volksabstimmung
8 = zurückgewiesen

2.6 Informatik-Projekte (Übersicht)

Stand per 31. 12. 2000

Dienststelle Projekt/Anwendung	Investition[1] TFr.	Produktionskosten[2] bei Vollbetrieb TFr.	Produktionskosten[2] im Berichtsjahr TFr.	Realisierungszeitraum
4230.100.211 GISTA-2000	100	90	77	1999
4230.500.201 GRIS	100	75	61	1999

[1] Summe gemäss Informatik- bzw. Investitionsplan
[2] Folgendes Konto wird berücksichtigt:
a Konto 3158 (Wartung/Reparaturen/Unterhalt von Informatikmitteln)
b Konto 3188 (Entschädigung von Informatikdienstleistungen Dritter)

2.7 Erfolgskontrolle von Staatsbeiträgen

Die Staatskanzlei hat weder eine Grob- noch eine Detailuntersuchung durchgeführt.

2.8 Andere wichtige Projekte (Übersicht)

–

2.9 Parlamentarische Vorstösse (Motionen und Postulate)

2.9.1 Abschreibung von Motionen und Postulaten

2.9.1.1 *Abschreibung erfüllter Motionen und Postulate*

Grosser Rat

Motion 181/97 Widmer, Büren, vom 17. November 1997 betreffend Wahlkreise/Wahlkreisverbände mit 10 bis 20 Mandaten (angenommen als Postulat an 21. 1. 1998.)
Motion 220/97 Widmer, Büren, vom 19. November 1997 betreffend Garantie für einen Sitz pro Amtsbezirk (angenommen als Postulat am 21. 1. 1998
Motion 158/98 Widmer, Wanzwil, vom 31. August 1998: Grosser Rat mit 160 Mitgliedern und ein neues Wahlsystem (Punkt 1 angenommen, Punkte 2a, 3 und 4 angenommen als Postulat und Punkt 2b abgelehnt am 19. 1. 1999).
Motion 159/98 Lack, Gümligen, vom 31. August 1998: Verkleinerung des Grossen Rates (Punkt 1 angenommen und Punkte 2 bis 4 angenommen als Postulat am 19. 1. 1999).

Motion 203/98 SP (Seiler, Moosseedorf), vom 16. November 1998: Verkleinerung des Grossen Rates auf 160 Mitglieder (Punkt 1 angenommen und Punkte 2 bis 4 angenommen als Postulat am 19.1.1999).
Postulat 191/98 Widmer, Wanzwil, vom 9. September 1998: Kandidaturen auf ausseramtlichen Wahlzetteln nur mit Einwilligung der Betroffenen (angenommen am 19.1.1999).
Postulat 021/99 Pauli, Nidau, vom 20. Januar 1999: Angemessene Vertretung der Welschbieler in einem kleineren Parlament (angenommen am 26.4.1999).
Der Regierungsrat hat am 20. September das Projekt «Grosser Rat mit 160 Mitgliedern und Wahlreform» zuhanden des Grossen Rates verabschiedet. Die in den Vorstössen aufgeworfenen Problemkreise werden in den Unterlagen thematisiert. Im Dezember hat die vorberatende Kommission eine erste Sitzung durchgeführt. Der Terminplan der Kommission sieht vor, die Vorlage im Jahr 2001 im Grossen Rat zu beraten, aber die Volksabstimmung erst nach den Grossratswahlen 2002 durchzuführen.

Aussenbeziehungen

Motion 238/99 Bütler, Bern, vom 15. November 1999: Kampagne für die bilateralen Verträge und die flankierenden Massnahmen (angenommen als Postulat am 31.1.2000).
Die Abstimmung hat am 21. Mai 2000 stattgefunden und die bilateralen Verträge wurden angenommen. Somit ist die Motion gegenstandslos geworden.

2.9.2 **Vollzug überwiesener Motionen und Postulate**

2.9.2.1 *Motionen und Postulate, deren Zweijahresfrist noch nicht abgelaufen ist*

Grosser Rat

Motion 111/98 Koch, Laupen, vom 8. Juni 1998: Moderne Instrumente für das Parlament (angenommen als Postulat am 18.1.1999). Diese Motion wird im Rahmen des Mantelerlasses NEF 2000/Gesetz über Finanzen und Leistungen vollzogen, dessen Zustellung an den Grossen Jahr im Jahre 2001 erfolgen sollte.

Motion 227/98 Hayoz-Wolf, Herrenschwanden, vom 19. November 1998: Nutzloser alter Zopf – Abschaffung oder Neukonzipierung der Fragestunde? (angenommen als Postulat am 21.6.1999).
Motion 200/99 Neuenschwander, Rüfenacht, vom 9. September 1999: Stärkung der Stellung des Grossen Rates im Bereich der äusseren Angelegenheiten (angenommen am 30.1.2000).
Der Grosse Rat wird im Rahmen einer Teilrevision der Grossratsgesetzgebung über die Anliegen befinden können, deren Behandlung im Jahre 2001 vorgesehen ist.

Wahlen und Abstimmungen

Motion 091/2000 Bolli Jost, Bern, vom 3. April 2000: Abstimmen und Wählen per Internet (angenommen als Postulat am 4.9.2000). Unter der Leitung von Frau Bundesvizekanzlerin Muralt Müller ist eine Arbeitsgruppe «E-Voting» daran, sich eingehend mit den Problemen der elektronischen Stimmabgabe auseinander zu setzen, erste Lösungsansätze zu erarbeiten und diese dem Bundesrat im Jahr 2001 zum Entscheid vorzulegen. Die kantonale Verwaltung arbeitet in dieser Arbeitsgruppe aktiv mit.

Medien

Postulat 232/98 Wyss, Bern, vom 21. November 1998: Der Grosse Rat in den Augen der Schulklassen (angenommen am 26.4.1999). Die Anliegen des Postulats sind in die Aktivitäten der Arbeitsgruppe «Offenes Rathaus» eingeflossen, die 2000 ein Grobkonzept erstellt hat. Die Umsetzung ist für das Jahr 2001 vorgesehen

Motion 133/00 Widmer, Wanzwil, vom 5. Juni 2000: Erhaltung der Informationsabteilung von Radio DRS in Bern (Punkte 1 und 2 angenommen, Punkt 3 zurückgezogen am 4.9.2000).
Der Regierungsrat hat gemeinsam mit den Regierungen der Kantone Freiburg und Wallis dem Bundesrat, den Mitgliedern der eidgenössischen Räte aus den Kantonen Bern, Freiburg und Wallis, dem Zentralrat der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG SSR idée suisse, dem Generaldirektor der SRG SSR idée suisse, dem Regionalratsausschuss von Radio und Fernsehen und dem Direktor von Schweizer Radio DRS im Sinne der Forderungen der Motion geschrieben. Er wird seinen Einfluss wie bisher und koordiniert mit den erwähnten Nachbarkantonen und der Stadt Bern auf allen Stufen geltend machen, um die Informationsabteilung von Radio DRS am Standort Bern zu erhalten.

2.9.2.2 *Motionen und Postulate mit Fristerstreckung*

Grosser Rat

Postulat 227/96 Reber (Finanzkommission) vom 2. September 1996 betreffend verwaltungsunabhängiges Ratssekretariat (angenommen am 4.11.1996; Fristerstreckung bis 1999 gewährt am 16.11.1998).
Motion 251/96 Seiler, Bönigen, vom 4. November 1996 betreffend Generalabonnemente für die Mitglieder des Grossen Rates (angenommen am 28.4.1997; Fristerstreckung bis 2001 gewährt am 20.11.2000).
Postulat 113/97 Voiblet, Reconvilier, vom 18. Juni 1997: Seit 1970/71 gab es keinen französischsprachigen Grossratspräsidenten mehr (Punkt 1 zurückgezogen und Punkt 2 angenommen am 19.1.1998; Fristerstreckung bis 2001 gewährt am 20.11.2000).
Motion 130/97 Pauli, Nidau, vom 1. September 1997 betreffend mehr Transparenz in den Abstimmungsbotschaften (Punkt 1 angenommen und Punkt 2 abgelehnt am 19.1.1998; Fristerstreckung bis 2001 gewährt am 20.11.2000).
Motion 223/97 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997 betreffend Begründung der Dringlichkeit bei parlamentarischen Vorstössen (angenommen am 21.1.1998; Fristerstreckung bis 2001 gewährt am 20.11.2000).
Motion 224/97 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997 betreffend Privilegierung von Kommissionsvorstössen (angenommen als Postulat am 21.1.1998; Fristerstreckung bis 2001 gewährt am 20.11.2000).
Motion 231/97 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997 betreffend verbesserte Dokumentation (angenommen am 21.1.1998; Fristerstreckung bis 2001 gewährt am 20.11.2000).
Motion 232/97 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997 betreffend Register der Interessenbindungen (angenommen am 21.1.1998; Fristerstreckung bis 2001 gewährt am 20.11.2000).
Der Grosse Rat wird im Rahmen einer Teilrevision der Grossratsgesetzgebung über die Anliegen befinden können, deren Behandlung im Jahre 2001 vorgesehen ist.

Berner Jura

Motion 172/96 Lecomte, Diesse, vom 17. Juni 1996 betreffend den Erhalt der dezentralen Verwaltung im Berner Jura (angenommen am 7.11.1996; Fristerstreckung bis 2000 gewährt am 16.11.1998).

Der Regionalrat hat am 19. Oktober dem Regierungsrat seinen Bericht über die fortschreitende Autonomisierung zugestellt. Die Arbeiten wurden anschliessend in Angriff genommen und es ist vorgesehen, einen Gesetzesentwurf Ende 2001 in die Vernehmlassung zu senden. In diesem Entwurf und im dazugehörigen Vortrag werden alle Anliegen der Region überprüft werden.

2.9.2.3 *Motionen und Postulate, deren Fristerstreckung abgelaufen ist*

Berner Jura

Postulat 269/92 Houriet, Courtelary, vom 10. Dezember 1992 betreffend Zweisprachigkeit (angenommen am 23. 6. 1993; Fristerstreckung bis 1997 gewährt am 6. 11. 1995).
Postulat 110/93 Graf, Moutier, vom 10. Mai 1993 für eine stärkere Rolle der Juradelegation des Regierungsrates (angenommen am 2. 11. 1993; Fristerstreckung bis 1997 gewährt am 6. 11. 1995).
Postulat 216/93 Verdon, Corgémont, vom 16. September 1993 betreffend Massnahmen für eine professionelle und glaubwürdige Information, die in Bezug auf die französischsprachigen Bernerinnen und Berner sowie ihre Regionen auf Tatsachen beruht (angenommen am 16. 3. 1994; Fristerstreckung bis 1997 gewährt am 4. 11. 1996).
Motion 124/94 Aellen, Tavannes, vom 5. September 1994 betreffend rasche Vorbereitungen für die fortschreitende Autonomie der drei französischsprachigen Amtsbezirke (Punkt 1 angenommen und abgeschrieben; Punkt 2 angenommen als Postulat am 17. 1. 1995).
Der Regionalrat hat am 19. Oktober dem Regierungsrat seinen Bericht über die fortschreitende Autonomisierung zugestellt. Die Arbeiten wurden anschliessend in Angriff genommen und es ist vorgesehen, einen Gesetzesentwurf Ende 2001 dem Vernehmlassungsverfahren zu unterstellen. In diesem Entwurf und im dazugehörigen Vortrag werden alle Anliegen der Region überprüft werden.

Gleiche Rechte für Mann und Frau

Motion 056/96 Gurtner, Bern, vom 23. Januar 1996 betreffend Migrantinnen im Kanton Bern (angenommen als Postulat am 2. 9. 1996; Fristerstreckung bis 2000 gewährt am 16. 11. 1998).
Die Staatskanzlei hat den Bericht *Migrantinnen im Kanton Bern* zusammen mit einem RRB-Entwurf samt Vortrag den Direktionen am 18. Dezember zum Mitbericht zukommen lassen. Es ist vorgesehen, das Geschäft Anfang 2001 dem Regierungsrat zur Beschlussfassung zu unterbreiten. Der Bericht ist im Umfeld einer umfassenderen Diskussion über den Einbezug von Migrations- und Integrationsfragen in der Verwaltung zu sehen. Deshalb sieht der Regierungsratsbeschluss vor, unter Federführung der Gesundheits- und Fürsorgedirektion eine Arbeitsgruppe einzusetzen, welche sich dieser Fragen annimmt.

Amtsblätter

Postulat 064/95 Hofer, Biel, vom 13. März 1995 betreffend Amtsblatt: Reduktion amtlicher Publikationen (Buchstabe b abgelehnt, Buchstaben a und c angenommen am 4.9.1995; Fristerstreckung bis 1999 gewährt am 17. 11. 1997).
Buchstabe a: Seit dem Inkrafttreten des Gemeindegesetzes am 1. Januar 1999 (Verzicht auf die Publikation von Gemeindeversammlungen im Amtsblatt) ist dieser Punkt des Postulats erfüllt.
Buchstabe c: Eine Arbeitsgruppe innerhalb der Staatskanzlei hat sowohl in deutscher als auch in französischer Sprache einen Entwurf der Richtlinien zur sprachlichen Gleichbehandlung erarbeitet. Zudem liegt eine Analyse über ausgewählte Dokumente der Verwaltung in Deutsch vor. Die Analyse für die Dokumente in Französisch wird zurzeit erarbeitet. Im Anschluss daran erfolgt das interne Mitberichtsverfahren.

2.10 Volksinitiativen – Stand der Bearbeitung (Übersicht)

Titel (Initiativen)	Beginn der Unterschriftensammlung	Zustandekommen	Bemerkungen
Tiefere Steuern für verbrauchsarme Personenwagen	17. 4. 1998	9. 12. 1998	In der Volksabstimmung vom 26. November 2000 abgelehnt
Stilllegung des AKW Mühleberg	5. 11. 1998	23. 6. 1999	In der Volksabstimmung vom 24. September 2000 abgelehnt

Bern, Februar 2001

Der Staatsschreiber: *Nuspliger*

Vom Regierungsrat genehmigt am 21. März 2001